

Europäischer und Deutscher Petitionsausschuss prüfen deutschen Kammerzwang

TechniSat und der bffk reichen Petitionen gegen den deutschen Kammerzwang in den Industrie- und Handelskammern ein

- 06.07.2011 -



Gerald Häfner

« 1/2 »

Brüssel/Daun/Berlin. Im Auftrag von TechniSat und fünf weiteren Unternehmen reichte jetzt der renommierte Europarechtler der Universität Köln, Herr Professor Dr. Bernhard Kempen, eine Petition gegen den Kammerzwang in den deutschen Industrie- und Handelskammern beim Petitionsausschuss des Europäischen Parlamentes ein.

TechniSat hatte bereits im Oktober vergangenen Jahres eine von Professor Kempen ausgearbeitete Beschwerde gegen den Kammerzwang bei der Europäischen Kommission eingereicht. Hierüber wurde bisher noch nicht entschieden.

„Der deutsche Kammerzwang in den IHKs verstößt gegen die europäische Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, gegen die europäische Dienstleistungsrichtlinie und gegen das Demokratieprinzip. Deshalb ist es konsequent, die Regelungen des deutschen IHK-Gesetzes auch durch den Europäischen Petitionsausschuss in Brüssel überprüfen zu lassen.“, so Professor Kempen.

Jeder EU-Bürger und jedes Unternehmen in Europa kann sich an den Europäischen Petitionsausschuss wenden, um nationale Verstöße gegen das EU-Recht prüfen zu lassen.

Wenn die behaupteten Verstöße durch den Petitionsausschuss bestätigt werden, wird die Angelegenheit im Europäischen Parlament beraten.

„Unser Ziel ist es, dass das EU-Parlament eine Resolution erlässt, in deren Folge die Kommission die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, das deutsche IHK-Gesetz zu ändern und den Kammerzwang abzuschaffen.“, so Irene Roth, Leiterin der Rechtsabteilung der TechniSat Digital GmbH.

Die Beratung im Petitionsausschuss über die eingereichte Petition wird von Herrn Gerald Häfner (Fraktion: Die Grünen) vorbereitet und begleitet. Gerald Häfner ist seit 2009 Abgeordneter des EU-Parlamentes und Mitglied des Petitionsausschusses. Er setzt sich besonders für die Stärkung von Transparenz und Demokratie (Gründer der Initiative „Mehr Demokratie e.V.“) in Deutschland und Europa ein.

Bereits im Januar und Februar 2011 waren Andrea Rätz (Juristin der TechniGruppe) und Vertreter des Bundesverbandes für freie Kammern, Herr Kai Boeddinghaus (Bundesgeschäftsführer) und Herr Frank Lasinski (1. Vorsitzender des bffk) zu vorbereitenden Gesprächen am Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel. Dort trafen sie sich mit Vertretern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel und zahlreichen Abgeordneten des EU-Parlamentes, um die Zielrichtung der Petition zu erläutern und um deren Unterstützung zu werben. Ebenso führten sie dort bereits Gespräche mit Gerald Häfner und stimmten die Vorgehensweisen zur Einreichung der Petition mit ihm ab.

Parallel zur Einreichung der Europäischen Petition reichte der Bundesverband für freie Kammern (bffk) im Juni 2011 eine Petition zum Deutschen Bundestag ein.

Der bffk setzt sich bereits seit Jahren für die Abschaffung des Kammerzwangs ein und fordert durch die Petition an den Deutschen Bundestag, dass die vom Bundesverfassungsgericht schon im Jahr 2001 angeordnete regelmäßige Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Kammerzwangs tatsächlich im Bundestag durchgeführt wird. Die Petition verlangt hierzu eine Anhörung, an der neben Fachleuten auch Befürworter und Gegner des Kammerzwangs zu Wort kommen.

„Mit der Petition zum Europäischen Petitionsausschuss und der Petition zum Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages wollen wir den Druck auf die Politik erhöhen, die Wirtschaft endlich von dem unzeitgemäßen Relikt des Kammerzwangs zu befreien.“, so Diplom Ingenieur (FH) Frank Lasinski, Vorsitzender des bffk.